

Priller, Eckhard

**Book Part — Digitized Version**

## Armut in den neuen Bundesländern?

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Priller, Eckhard (1994) : Armut in den neuen Bundesländern?, In: Horst Berger, Roland Habich (Ed.): Lebenslagen im Umbruch: zur sozialen Lage privater Haushalte in der osteuropäischen Transformation, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, pp. 102-111

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122676>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Armut in den neuen Bundesländern?

Eckhard Priller

Der Transformationsprozeß in Ostdeutschland weist gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern eine Reihe von grundlegenden Unterschieden auf. Zum einen haben sich die Umbrüche in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, u.a. in der Wirtschaft, dem Gesundheits- und Bildungswesen oder dem Rechtswesen, in einem außerordentlich kurzen Zeitraum und als gänzliche Neuregelungen vollzogen. Andererseits hat die Spezifik der deutschen Wiedervereinigung und damit verbunden die Übernahme sozialpolitischer Regelungen zu einer sozialen Abfederung für die Ostdeutschen geführt, um die sie vielfach in den anderen osteuropäischen Ländern beneidet werden. Trotz dieser sozialen Absicherung ist die ostdeutsche Transformation mit beträchtlichen Risiken für die Wohlfahrtsentwicklung einzelner Haushalte verbunden.

Soziale Differenzierungen sind ein unvermeidbares Resultat des Umbruchs. Nicht alle Haushalte haben im Transformationsprozeß allein aus ihrer objektiven Lage heraus die gleichen Chancen für Wohlfahrtszuwachs. Zum einen bestreiten die Haushalte ihren Lebensunterhalt aus unterschiedlichen Quellen. Die Einkommenssteigerungen vollziehen sich über diese Quellen nicht nur in einem unterschiedlichen Tempo, sondern sind zudem mit ungleicher Sicherheit behaftet. An die Stelle von Erwerbseinkommen können durch die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt und die oft in der „DDR-Zeit“ erworbenen Ansprüche relativ niedrige Ersatzleistungen in Form des Arbeitslosen- oder Vorruhestandsgeldes treten. Zum anderen sind die Haushaltsstruktur und die Anzahl der im Haushalt zu versorgenden Personen entscheidende Faktoren, die eine Realisierung von Wohlfahrtspositionen beeinflussen. Ob unter den

dynamischen und tiefgreifenden Umbrüchen der Transformation Armut vermieden werden kann, ist in entscheidendem Maße vom Netz sozialpolitischer Sicherungen einer Gesellschaft abhängig.

In meinem Beitrag sollen folgende Fragestellungen untersucht werden:

- Ist die Transformation in Ostdeutschland mit einem nennenswerten Anstieg der Armut verbunden?
- Unterscheiden sich die Muster von Armutsprozessen in Ostdeutschland von denen in Westdeutschland? Welche spezifischen, im Haushaltskontext stehenden Faktoren beschränken Armutsprozesse in den neuen Bundesländern und welche fördern sie?
- Welche Gruppen sind von Armut gegenwärtig betroffen und welche sind armutsgefährdet?

Armut im Rahmen der ostdeutschen Transformation zu betrachten, erfordert eine Auseinandersetzung mit dem Armutsbegriff. Die Forschung beschäftigt sich mit Armut nur als relativem, über Konventionen definiertem Konzept. Armuts Grenzen werden berechnet bzw. definiert. Besonders internationale Vergleiche haben gezeigt, daß es nicht ausreicht, Einkommensarmut zu untersuchen. Unzureichende Versorgungslagen in weiteren zentralen Lebensbereichen, wie die Konsumtion, Haushaltsausstattung, das Ausmaß von Verschuldung, Bildung, berufliche Qualifikation, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Wohnen und Gesundheit sind als wesentliche Dimensionen in Armutsanalysen einzubeziehen.

Für die retrospektive Analyse von Armut in den ehemaligen „sozialistischen“ Ländern in Osteuropa erscheint eine Lebenslagedefinition besonders geeignet. Verteilungsprozesse und Veränderungen der Lebenslage wurden in der Planwirtschaft und in einer auf die Gewährleistung von Mindestsicherungen ausgerichteten Gesellschaftspolitik nur zu einem Teil über verfügbare ökonomische Ressourcen in Form von Einkommen und Vermögen reguliert. Einen gleichberechtigten Stellenwert hatten Versorgungs- und Ausstattungsniveaus im Bereich Wohnen, Geldausgabenstrukturen und der Verbrauch von Gütern des Lebensunterhalts.

Für die Betrachtung von Armutsprozessen in der Transformation ist der Lebenslageansatz durch die Verstärkung des Stellenwer-

tes verfügbarer ökonomischer Ressourcen nicht mehr in diesem Maße priorisiert. Gleichzeitig darf nicht außer acht bleiben, daß dieses Konzept bei den dramatischen Zuständen in einigen osteuropäischen Ländern mit ihren enormen Lohn- und Preissteigerungen, der Inflation und bei nicht ausreichender Versorgung des Marktes mit lebensnotwendigen Produkten nur begrenzte Aussagekraft hat. Unter Bedingungen, bei denen ein immer größerer Anteil der Einkommen für Lebensmittel aufgewendet werden muß, in manchen Fällen bereits 70 bis 80 Prozent, sind auch künftig verstärkt methodische Konsequenzen für die Armutsbetrachtung unvermeidlich.

### Haushalt und Armut

Private Haushalte haben im Vergleich zu anderen Instanzen der Wohlfahrtsproduktion (Märkte/Unternehmen, Staat, Assoziationen) die besondere Funktion, daß sie die Produkte anderer gesellschaftlicher Institutionen und Prozesse im Rahmen des Haushaltsführungsstils selektiv aufnehmen, weiterverwenden und in Wohlfahrtserträge (Haushaltsproduktion) umwandeln. Die Wohlfahrtsleistungen, die letzten Endes das Individuum erhält und nutzen kann, sind in einem erheblichen Maße durch den eigenen Haushalt hergestellt, gefiltert oder geformt (vgl. Glatzer 1990, S. 17).

Bedeutende Vermittlungsfunktionen erfüllt der Haushalt ebenfalls bei Betroffenheit von Armut bzw. bei Verarmungsprozessen. Einkommensverluste und unzureichendes Einkommen führen im allgemeinen bei allen Mitgliedern eines Haushalts zu Beeinträchtigungen und Konsequenzen. Armut selbst stellt für den Haushalt eine ernsthafte ökonomische Überbelastung oder Überforderung dar. Sie ist eine negative Bilanz zwischen den verfügbaren Einnahmen des Haushalts bzw. seinem vorhandenen wirtschaftlichen Potential und seinen erforderlichen Mindestausgaben. Die Folge ist eine Unterschreitung von Mindestniveaus in bestimmten Lebensbereichen bei einzelnen oder allen Haushaltsmitgliedern. Haushaltsgröße und -struktur haben auf Armut bzw. Verarmungsprozesse wesentlichen Einfluß. Nicht zuletzt deshalb erfolgt eine Be-

messung von Leistungen des Wohlfahrtsstaates zur Behebung von Armut über den Haushaltskontext.

### Zur Spezifik ostdeutscher Haushalte

Der Stellenwert, die Rolle und die Funktion des Haushalts haben sich in Ostdeutschland durch die Transformation verändert. Die hohen Sozialausgaben der DDR, die allgemein einen Fürsorgestaat vermuten ließen, konzentrierten die angestrebte soziale Sicherheit vor allem auf jene Haushalte, die einen engen Bezug zur Erwerbstätigkeit hatten. Unter diesem Gesichtspunkt wurde zugleich eine familienzentrierte Sozialpolitik praktiziert. Sie führte u.a. zu einem niedrigen Heiratsalter, einer hohen Frauenerwerbstätigkeit, einer großen Anzahl junger Ehen und einem geringen Anteil junger Single-Haushalte. Gleichzeitig hatten die auffallend hohen Scheidungsraten einen überproportionalen Anteil von alleinerziehenden Frauen zur Folge.

Die in den vergangenen Jahren entstandenen Haushaltsstrukturen determinieren in gewisser Weise die gegenwärtigen Handlungsbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten der ostdeutschen Haushalte. Die Mobilität eines Haushalts mit zwei Erwerbstätigen und kleinen Kindern läßt sich beispielsweise unter den neuen Bedingungen und dem Anspruch, daß beide Elternteile weiter erwerbstätig sein wollen oder müssen, schwerer realisieren als die Mobilität jener Haushalte, in denen noch keine Kinder vorhanden sind oder eine Person die Betreuung der Kinder übernommen hat und bei denen ein Erwerbseinkommen als Haushaltseinkommen ausreicht. Einige Strukturdaten der Haushalte in Ost- und Westdeutschland sind der Tabelle 1 zu entnehmen.

Auffällig ist der im Vergleich zu Westdeutschland noch immer geringere Anteil der Single-Haushalte in Ostdeutschland, der vor allem auf einen niedrigeren Anteil von Singles unter 25 Jahren zurückzuführen ist. Über dem westdeutschen Niveau liegen die Anteile bei den Geschiedenen und alleinerziehenden Frauen.

Die seit 1990 beträchtlich rückläufige Geburtenrate hat bereits zu dem Effekt geführt, daß der Anteil von Haushalten mit Kindern unter 3 Jahren in Ostdeutschland stark zurückgegangen ist.

### Indikatoren zur Messung von Armut

Im folgenden sind einige Aspekte der Armutsentwicklung in Ostdeutschland anhand einiger ausgewählter Indikatoren zu erörtern. Zur Betrachtung von Armutsprozessen im ostdeutschen Transformationsprozeß ist die retrospektive Analyse von DDR-Haushalten ein wichtiger Ausgangspunkt. Von besonderem Interesse sind gleichzeitig Analysen zu den weiteren Tendenzen. Erste Ergebnisse zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen sollen anhand folgender Aspekte vorgestellt werden: Sozialhilfe, Einkommensarmut, Ausgabenstrukturen, Sorgen armutsgefährdeter Gruppen.

#### Sozialhilfe

Die Position der Sozialfürsorge bzw. Sozialhilfe als Indikator für Armut ist umstritten. Einerseits wird anerkannt, daß es sich dabei nur um eine Mindestversorgung handelt und die Empfänger von Sozialhilfe zu den Armen gehören. Andererseits wird der Aspekt der Mindestsicherung und behobenen Armut hervorgehoben. Unabhängig davon, ob Sozialhilfeempfänger über oder unter der Armutsgrenze liegen, erscheint für die Gruppe der Bezieher dieser Leistungen eine Armutsgefährdung unverkennbar zu bestehen.

Die Sozialfürsorge in der DDR, eine der Sozialhilfe vergleichbare Zuwendung, umfaßte staatliche Maßnahmen zur Unterstützung, Betreuung und Pflege von wirtschaftlich oder gesundheitlich hilfebedürftigen Menschen. Anspruchsberechtigung bestand, wenn der Lebensunterhalt nicht durch Einkommen aus Arbeitstätigkeit zu bestreiten war, keine sonstigen ausreichenden Einkommen oder Vermögen zur Verfügung standen und wenn keine Versorgung durch unterhaltspflichtige Angehörige erfolgte. Hinsichtlich dieser Kriterien unterschied sie sich nicht wesentlich

von der Sozialhilfe in der Bundesrepublik. Sie wurde allerdings unter sozialpolitischem Gesichtspunkt durch die Gewährleistung von Mindestrenten und Mindestlöhnen ergänzt. Laufende Sozialfürsorgeunterstützung erhielten vergleichsweise nur wenige Personen mit einer bis 1989 deutlich rückläufigen Tendenz. Der Anteil der Rentner, besonders der weiblichen Rentner an den Sozialfürsorgeempfängern war relativ hoch, während der Anteil von Kindern und Jugendlichen nur einen geringen Umfang hatte.

Seit 1990 ist ein schnelles Wachstum der Sozialhilfeempfänger in Ostdeutschland festzustellen. Im 2. Halbjahr 1990 erhielten 134 403 Personen Sozialhilfe. Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von weniger als einem Prozent. In den westlichen Bundesländern lag der Anteil zum Vergleich 1989 um das Siebenfache höher. Dieses Niveau wurde in den neuen Bundesländern auch Ende 1991 noch nicht erreicht, obwohl die Anzahl der Sozialhilfeempfänger gegenüber Ende 1990 nochmals um ca. 250 Prozent anstieg.

Es fällt auf, daß die oberen Altersgruppen unter den Empfängern bisher kaum vertreten sind. Der Anteil von Personen über 60 Jahre an den Sozialhilfeempfängern liegt lediglich bei 5 Prozent. Das ist vor allem die Folge der Einführung eines Sozialzuschlages für Rentnempfänger, der als Auffüllbetrag bei niedrigen Renten ein gewisses Mindesteinkommen sichert. Sprunghaft angestiegen ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter den Sozialhilfeempfängern. Der Anteil der bis unter 15jährigen beträgt ein Drittel der Sozialhilfeempfänger und ist deutlich höher als in Westdeutschland. Die Betrachtung nach Haushaltstypen weist Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende ebenfalls mit einem höheren Anteil an den Sozialhilfeempfängern aus als in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern wird als Hauptursache für den Bezug von Sozialhilfe Arbeitslosigkeit angegeben. In Westdeutschland trifft dieser Grund auf weniger als die Hälfte der Fälle im Vergleich zu jenen in Ostdeutschland zu.

#### Einkommensarmut

Zur Analyse von Einkommensarmut vor 1989 steht nur eine begrenzte Datenbasis zur Verfügung. Es liegen keine Angaben für die Gesamtbevölkerung, sondern nur für einzelne Gruppen vor, für die zumeist der Haushalts-

kontext fehlt oder unvollständig ist. Der Einsatz einer Äquivalenzgewichtung ist aus diesem Grunde nicht möglich. Deshalb wird versucht, auf Pro-Kopf-Einkommen in Erwerbstätigenhaushalten auszuweichen. Für die Zeit nach 1989 kann auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels zurückgegriffen werden (vgl. Abb. 1).

Die Betrachtung von Einkommensarmut zeigt, daß bei Zugrundelegung einer Armutsgrenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in der DDR Armut zwischen 3 bis 5 Prozent in Erwerbstätigenhaushalten vorgekommen ist. Diese Anteile variieren bei einer Bemessungsgrenze von 60 Prozent - sie wird in der Regel als relative Armut bezeichnet - nur in geringem Maße.

Für 1990/91 veränderte sich der Anteil der unter diesen Armutsgrenzen lebenden erwerbstätigen Personen nur unwesentlich, lediglich bei der relativen Armut ist ein leichter Anstieg zu konstatieren. Für den Zeitraum nach 1989 können u.a. durch die Datenbasis des Sozio-ökonomischen Panels Berechnungen nach den Kriterien der Äquivalenzgewichtung vorgenommen werden (vgl. Habich/Krause 1992, S. 492). Auch bei einer Verwendung der 50 Prozent-Armutsschwelle zeigen sich bei unterschiedlichen Haushaltstypen 1990 und 1991 nur geringe Veränderungen (vgl. Tabelle 2).

Die stärkste Betroffenheit von Armut findet sich bei den Gruppen der Alleinerziehenden und bei Haushalten mit mehr als 5 Personen. Nicht verwunderlich ist es, daß sich damit gewisse strukturelle Effekte aus der „DDR-Zeit“ fortsetzen bzw. verstärken. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang zugleich die Aussage sein, daß ein erheblicher Anteil der Haushalte, der 1990 von Armut betroffen war, diesen Status 1991 wieder verlassen hat. Entgegen weit verbreiteten Meinungen, die einen starken Anstieg von Armut in Ostdeutschland vermuteten, sind außerdem in Relation zu den Abgängen aus Armutslagen insgesamt nur leicht erhöhte Zugänge in Armutslagen feststellbar.

#### *Ausgabenstruktur in armutsgefährdeten Haushaltstypen*

Eine Betrachtung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen nach dem Umfang und der Verwendungsstruktur weist darauf hin, daß in der DDR vor allem 1-Personen-Rent-

nerhaushalte, Familien mit drei und mehr Kindern und Alleinerziehende zu armutsgefährdeten Haushaltslagen zu rechnen waren. Ihr Pro-Kopf-Einkommen war ebenso wie das der 4-Personen-Haushalte von Mitgliedern Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften unterdurchschnittlich. Bei 1-Personen-Rentnerhaushalten reichte das gesamte Einkommen lediglich für den unmittelbaren Verbrauch. Für Ersparnisse, die ansonsten generell für alle Haushaltstypen in der DDR charakteristisch waren und in engem Zusammenhang mit der schlechten Versorgungslage standen, blieb ausgabenseitig kein Geld übrig (vgl. Abb. 2).

Die Differenzen zwischen den einzelnen Haushaltstypen verstärkten sich noch im Verlauf der 80er Jahre. Die Einkommens- und Ausgabenstrukturen im zweiten Halbjahr 1991 verweisen bei den 1-Personen-Rentnerhaushalten auf eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommensentwicklung. Gleichzeitig sind hohe Steigerungen der Ausgabenstrukturen im Wohnbereich (Mieten, Energie, Heizung) in allen Gruppen, aber besonders stark bei den 1-Personen-Rentnerhaushalten zu konstatieren. Dennoch sind die Rentnerhaushalte gegenwärtig nicht akut armutsgefährdet. Das zeigt sich unter anderem in den Zuwächsen bei den vermögensseitigen Rücklagen. Im Gegensatz zu den betrachteten Zeiträumen in den 80er Jahren wird in allen untersuchten Haushaltstypen etwa in gleichem Umfang pro Kopf gespart.

#### *Subjektive Reflexion von Armutsgefährdung*

Für die Armutsentwicklung sind allerdings nicht nur die objektiven Daten interessant, sondern zugleich, inwiefern bestimmte Tendenzen über subjektive Reflexionen wahrgenommen werden. Eine Betrachtung von Sorgen in armutsgefährdeten Gruppen reflektiert Unterschiede, die weitgehend den bisherigen Feststellungen auf der Grundlage objektiver Daten entsprechen (vgl. Abb. 3).

Am stärksten sind die Sorgen zur eigenen wirtschaftlichen Situation bei Arbeitslosen und Alleinerziehenden. In diesen Gruppen wird das ansonsten typische ostdeutsche Wertungsmuster durchbrochen, daß man sich über die „allgemeine wirtschaftliche Situation“ mehr Sorgen macht als über die „eigene wirtschaftliche Situation“. Außergewöhnlich ist in diesem Zusammenhang, daß Personen im Vorru-

bestand, eine Gruppe, die mehr unfreiwillig aus der Erwerbstätigkeit verdrängt wurde, sich bei Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation nicht von der Gesamtpopulation unterscheiden. Geringere Sorgen machen sich die Rentner. Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die Werte zu den Sorgen bei den Rentnern insgesamt, und ebenfalls in 1-Personen-Rentnerhaushalten sind niedrigere Werte vorhanden.

### Zur Armutsentwicklung in Ostdeutschland

Die hier und an anderer Stelle vorgenommenen Analysen gestatten folgende Schlußfolgerungen betreffs der eingangs gestellten Fragen:

#### *Armut in der DDR*

Absolute Armut war in der DDR seit etwa Ende der 50er Jahre u.a. durch die Einführung des Mindestbruttolohns und von Mindestrenten sowie durch eine Subventionspolitik für Waren des Grundbedarfs beseitigt (vgl. Manz 1992). Von einer Sicherung des Existenzminimums in Form von heizbarem, möbliertem Wohnraum mittlerer Größe, ausreichender Ernährung, Mindestversorgung im Gesundheitsschutz, Teilnahme am kulturellen Leben und Bildungsmöglichkeiten kann nach vorgenommenen Analysen für alle Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden. Gleichzeitig wurde in vielen der untersuchten Bereiche nur ein niedriges Versorgungsniveau erreicht. Deutliche Nachteile in der Einkommenshöhe hatten nicht im Arbeitsprozeß stehende Gruppen bzw. jene Haushalte, in denen keine oder nur eine Person über ein Erwerbseinkommen verfügte. Das betrifft besonders die Gruppe der Rentner (hier vor allem die Ein-Personen-Haushalte) und die Alleinerziehenden. Frauen waren in diesen Gruppen überproportional vertreten. Die Ursachen liegen u.a. in den durchschnittlich niedrigen Löhnen bei Frauen, die sich auch in einem geringeren Rentenanspruch niederschlugen. Generell kann für die 80er Jahre festgehalten werden, daß es zu Armutstendenzen in geringem Umfang in bestimmten Gruppen gekommen ist. Diese

kumulierten jedoch nicht über einzelne Bereiche und blieben deshalb begrenzt.

#### *Transformation und Armut*

Im Transformationsprozeß ist Armut gegenwärtig noch kein gravierendes Problem in den neuen Bundesländern. Diese Feststellung basiert allerdings auf Berechnungen, die Ostdeutschland noch als eine gesonderte Einheit betrachten. Die Ursachen für die geringen Armutstendenzen liegen in verschiedenen Faktoren begründet: Zum einen bestand ein geringes Ausgangsniveau sozialer Differenzierung bei einem recht guten Niveau in vielen Versorgungslagen zentraler Lebensbereiche. Solche waren beispielsweise Wohnen, Arbeit, berufliche Ausbildung. Zum anderen wirken durch die Übernahme der Sozialgesetzgebung der alten Bundesrepublik und die Fixierung von Sonderregelungen für Ostdeutschland spezifische sozialpolitische Maßnahmen, die eine Mindestsicherung für armutsgefährdete Gruppen gewährleisten. Die geringe Differenzierung im sozialen Bereich, die für die DDR charakteristisch war, wirkt noch nach und ist nicht mit einem Schlag verschwunden. Im Gegenteil, es bestehen eine Reihe von Faktoren, die breite Ansprüche an die Versorgungssysteme des Arbeitsmarktes (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) und an die Versorgung über Sozialleistungen (Renten) gewährleisten. Dazu gehören besonders die hohe Erwerbstätigenrate bei den Frauen und ihre langjährige Erwerbstätigkeit. Die Anspruchsberechtigungen begrenzen, wenn sie in der Regel auch nicht sehr hoch sind, zur Zeit das Ausmaß der erwarteten sozialen Einbrüche und haben bisher die Gefahr von Armut in größerem Umfang abgeschwächt. Hinzu kommen die Wirkungen spezieller Maßnahmen und Regelungen, die Armutstendenzen entgegenwirken.

Auf dem Arbeitsmarkt sind in diesem Zusammenhang die Kurzarbeiterregelung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen, Umschulungen und Maßnahmen der Weiterbildung zu nennen. Sie gewährleisten einen weiteren Bezug von Erwerbseinkommen oder von vergleichbaren Ersatzleistungen und mildern zur Zeit die Folgen des Beschäftigungseinbruchs. Einen besonderen Stellenwert haben die Regelungen des Sozialzuschlages für Rentenbezieher und für das Arbeitslosengeld. Bei der Wohngeld-

berechnung schlagen Sonderregelungen, besonders die Einbeziehung der Heizkosten, für einkommensschwache Haushalte ausgaben-dämpfend zu Buche.

### *Armutspotentiale*

Da Entstehung von Armut in der Regel nur als längerfristiger Prozeß zu verstehen und zu fassen ist, erhält die Betrachtung von Armutspotentialen und -gefahren in den neuen Bundesländern besonderes Gewicht. Unter den gegenwärtigen Bedingungen lassen sich vor allem folgende Faktoren und Gruppen in Ostdeutschland ausmachen:

Die aktuellen Beschäftigungsrisiken mit ihrer beginnenden Langzeitwirkung bergen gegenwärtig die größte Gefahr. Ausreichende versicherungsrechtliche Leistungsansprüche, die im Risikofall wirksam werden, können von einem größeren Teil der Bevölkerung zur Zeit nicht erworben werden. Bereits jetzt sind die Erwerbseinkommen als Berechnungsgrundlage für Lohnersatzleistungen relativ niedrig, so daß eine Einkommensenkung bei Arbeitslosigkeit zur Armutgefährdung führen kann. Das trifft besonders für jene Mehr-Personen-Haushalte zu, in denen der alleinige Erwerbstätige arbeitslos ist bzw. wird oder in denen dies für beide Erwerbstätige zutrifft.

Armutgefährdet sind auch jene Gruppen, die durch die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt gar nicht erst in das Erwerbsleben einsteigen können.

Ein größerer Personenkreis, u.a. etwa 800 000 in den Vorruhestand Ausgeschiedene, kann seine bis dahin aus „DDR-Zeiten“ bestehenden geringen Leistungsansprüche im Rahmen der Erwerbstätigkeit nicht erhöhen.

Kritisch ist ebenfalls die Situation für Mehr-Personen-Haushalte, in denen nur ein Erwerbseinkommen realisiert werden kann. Das betrifft besonders die Haushalte von Alleinerziehenden.

Armuterscheinungen können außerdem für Behinderte und pflegebedürftige alte Menschen entstehen, die sich in besonderen sozialen Problemlagen befinden und auf Hilfe und Unterstützung durch ein intaktes Netz sozialer Dienste angewiesen sind, das sich erst im Aufbau befindet.

Für diese benannten Gruppen könnte die Situation besonders unter dem Aspekt der Angleichung an das westdeutsche Preisniveau

- vor allem durch steigende Mieten - in Relation zu einem geringeren Ansteigen oder zu Verlusten bei den Haushaltseinkommen kritisch werden. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß größere Armutspotentiale durch das Auslaufen bestimmter Sonderregelungen, die zur Zeit krasse Benachteiligungen verhindern, aufkommen können.

### **Zusammenfassung**

Armut ist in der DDR und im bisherigen Transformationsprozeß nur in geringem Maße aufgetreten. Armutspotentiale sind für einige Gruppen dennoch durchaus real und verstärken sich durch die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Das Muster für die Betroffenheit von Armut gleicht sich zwar dem in Westdeutschland an, weist aber dennoch einige Besonderheiten auf. Armutgefährdete Gruppen sind vor allem die Haushalte von Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Haushalten mit 5 und mehr Personen. Für Haushalte von älteren Personen und Frauen, die in Westdeutschland verstärkt von Armut betroffen sind, trifft diese Situation zur Zeit in Ostdeutschland in geringerem Maße zu. Allerdings dürfen die Armutprozesse in Ostdeutschland nicht statisch betrachtet werden. Die wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern weist eindeutig auf bestimmte Tendenzen und Probleme hin.

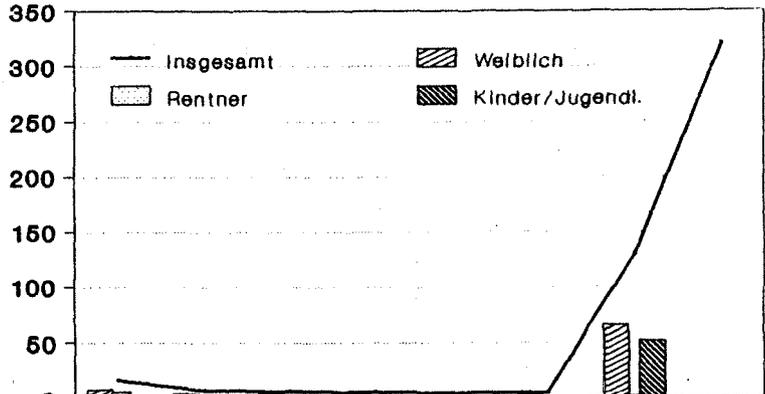
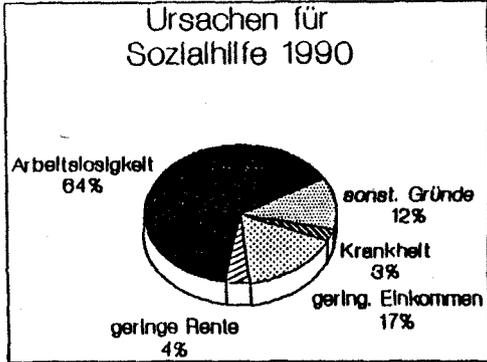
### **Literatur**

- Glatzer, W.: Die Rolle der privaten Haushalte im Prozeß der Wohlstandsproduktion, in: Heinze, R. G./Offe, C. (Hrsg.): Formen der Eigenarbeit, Opladen 1990.  
 Manz, G.: Armut in der „DDR“-Bevölkerung, Augsburg 1992.  
 Habich, R./Krause, P.: Niedrigeinkommen und Armut, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1992, Bonn 1992.

Abbildung 1

**Sozialfürsorge-/Sozialhilfeempfänger  
DDR/neue Bundesländer 1980-1991**

Tausend



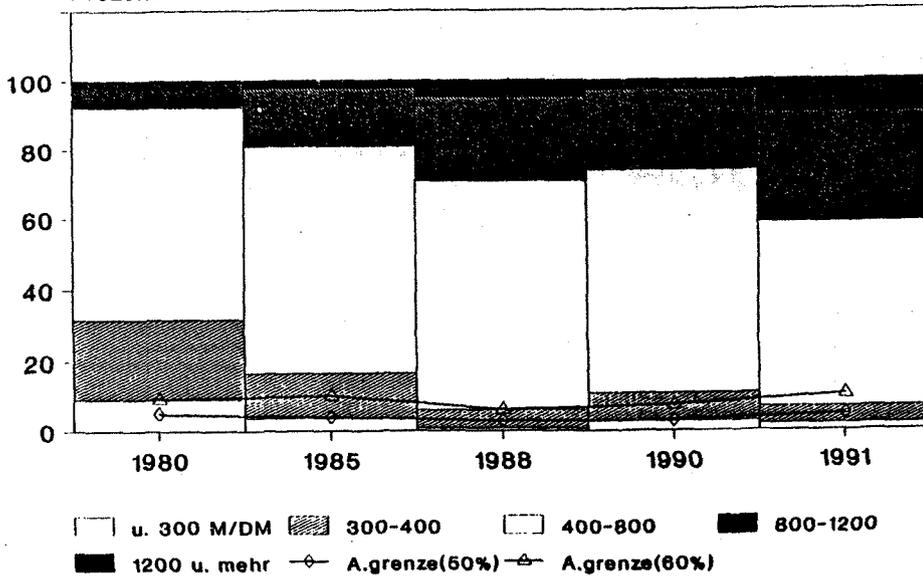
	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Insgesamt	17,2	8,2	7,1	6,6	5,5	5,5	129,5	320
Weiblich	8,6	5	4,1	3,6	3,2	2,9	66,3	
Rentner	6,4	2,3	2,3	2,4	1,8	2	2,5	
Kinder/Jugendl.	1,5	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	51,9	

Quelle: Sozialstatistik 1990/ Sozialhilfeestatistik 1991/Wert 1991 eigene Berechnung

Abbildung 2:

**Einkommensarmut in Haushalten mit  
Erwerbseinkommen (Pro-Kopf-Einkommen)**

Prozent



Quelle: Einkommensstichprobe/SOEP-Ost

Tabelle 1: Strukturdaten der Haushalte in Ost- und Westdeutschland 1991

	Neue Länder u. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
in Prozent		
<b>Haushaltsgröße</b>		
1 Person	27,6	35,1
2 Personen	31,9	30,5
3 Personen	20,0	16,4
4 Personen	16,5	12,7
5 und mehr Personen	4,0	5,3
<b>Familienstand der Bezugsperson</b>		
Ledig	12,9	19,7
Verheiratet zusammenlebend	59,5	54,3
Verheiratet getrenntlebend	0,8	2,7
Verwitwet	16,1	15,9
Geschieden	10,7	7,3
<b>Familienzusammensetzung</b>		
Ehepaare ohne Kinder	26,8	27,9
Ehepaare mit Kindern	36,3	36,6
Alleinstehende Männer o. Kinder	7,3	7,6
Alleinerziehende Männer	1,4	1,3
Alleinstehende Frauen o. Kinder	18,9	20,2
Alleinerziehende Frauen	9,3	6,4
<b>Haushalte mit Kindern unter 15Jahre</b>		
unter 3 Jahre	22,1	26,6
3 bis unter 6 Jahre	20,3	17,5
6 bis unter 15 Jahre	46,7	42,0

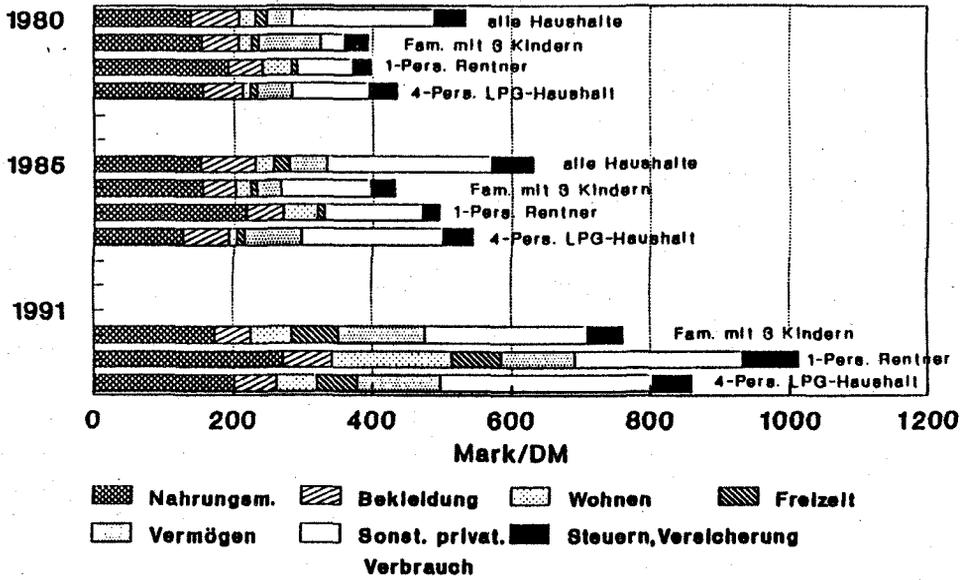
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1991

Tabelle 2: Betroffenheit von Armut (50%-Grenze) in Ostdeutschland nach Haushaltstypen

	Armut	Armut	Verbleib, Abgänge aus und Zugänge in Armut 1990-1991		
	1990	1991	1990 und 1991 "arm"	1991 Abgang aus "Armut"	1991 Zugang in "Armut"
	in % der jeweiligen Gruppe				
<b>Haushaltstypen</b>					
Einpersonenhaushalt	4	3	1	2	4
Partner-Haushalt	2	4	1	1	3
Familienhaushalt	3	5	1	3	4
Alleinerziehende	16	19	10	8	8
<b>Haushaltsgröße</b>					
1 Person	4	2	1	2	4
2 Personen	3	4	2	1	2
3 Personen	2	4	1	2	3
4 Personen	3	5	0	3	5
5 und mehr Personen	12	12	5	7	8

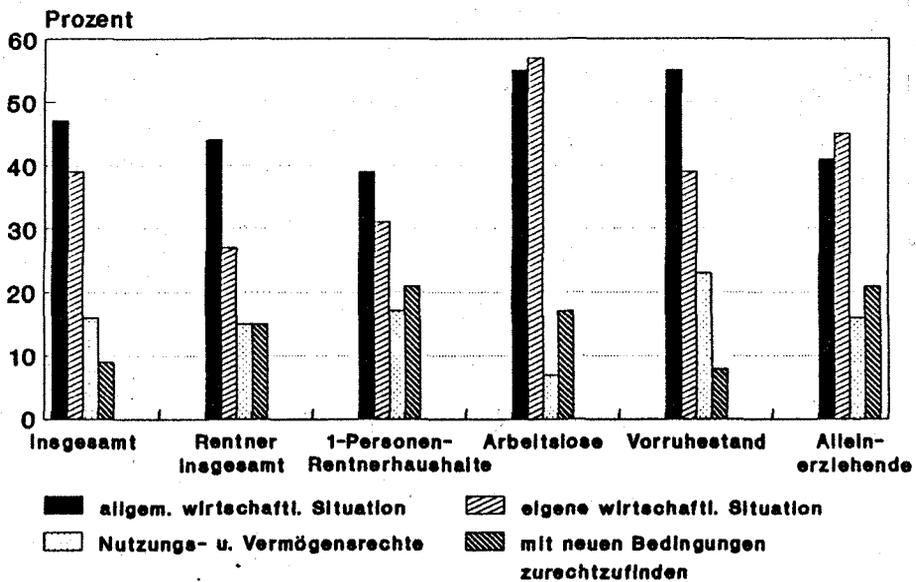
Quelle: R.Habich/P.Krause, Datenreport 1992, S.493 (Datenbasis SOEP-Ost 1991,1992)

**Umfang u. Struktur der Pro-Kopf-Ausgaben ausgew. armutsgefährdeter Haushaltstypen**



Quelle: Statistik des Haushaltsbudgets

Abbildung 4: **Sorgen armutsgefährdeter Gruppen ("große Sorgen" haben)**



Datenbaasis: SOEP-Ost 1991